

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

SP/XXV/123

Bonn, den 7. Juli 1970.

Seite		Zeilen
1	<u>Nichts aus der Vergangenheit gelernt?</u> Franz-Josef Strauß und der deutsche Nationalismus	38
2 - 3	<u>Das geht alle Autofahrer an</u> Ist die Erhöhung der Kraftfahrzeug-Versicherungsprämie gerechtfertigt? Von Dr. Hubert Weber SPD-MdB, Mitglied der Bundestagsausschüsse für Recht und Finanzen	67
4	<u>Die Klage der CDU-Sozialausschüsse</u> Zur Ohnmacht verurteilt	25

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

"Anerkennung von Realitäten" unzureichende Beschreibung
Breite Zustimmung zum Gewaltverzicht notwendig
Auf dem Fundament des Rechts bauen
Themen eines deutsch-polnischen Dialogs
Im Juni kamen 1315 Aussiedler
Wohngeldgesetz und Unterhaltshilfe
Zum 25. Todestag von Kardinal Bertram
Erich Scheyer 70 Jahre alt

Nichts aus der Vergangenheit gelernt?

Franz-Josef Strauß und der deutsche Nationalismus

Der CSU-Vorsitzende will die politische Rechte sammeln. Der Vorschlag wäre zur Kenntnis zu nehmen, wenn es nicht F.J. Strauß wäre, der ihn verwirklichen will, jener Strauß, der auch jenseits der Legalität und ohne Verfassung unter dem Arm zu handeln weiß und gehandelt hat und sich nicht durch Parlament und Recht abschrecken ließ.

Deutschland hat schon einmal, nach dem Ersten Weltkrieg, in der tragischen Auseinandersetzung um seine politische Freiheit und Unabhängigkeit zu spüren bekommen, was politisch Fanatisierte zu bewirken vermögen, die ohne Rücksicht auf Vernunft und Redlichkeit im Inland wie im Ausland Minen legten. Im Ringen um die Verminderung der Reparationslasten war damals die von Hjalmar Schacht geleitete deutsche Kommission bereit, sich auf Forderungen der Alliierten in Kompromissen einzulassen, wenn die Rechtsparteien dafür innenpolitisch Vorteile für sich und ihre Position in Deutschland zu gewinnen vermocht hätten. Der Amerikaner Owen D. Young brach, als ihm dies deutlich wurde, die Verhandlungen ab. Der deutsche Außenminister Dr. Curtius rief die Delegation, eine amtliche Kommission, zurück und nannte diese Aktion "schlimmer als ein Verbrechen".

Nur um eigene Noten in die Verhandlungen zu bringen, nicht um andere Ziele anzusteuern, nur um selbst regieren zu können, nicht um eine bessere Lage zu erreichen, widersprach die politische Rechte damals der schwer um den Erfolg für Deutschland kämpfenden Reichsregierung. Strauß und die mit ihm gehen, wollen den "Monopolcharakter der Erbpächter des Patriotismus" vortäuschen, um in der Öffentlichkeit als etwas zu gelten, was sie nicht darstellen können. Im Ausland lassen sie den Eindruck entstehen, als seien sie kompromißbereit, im Inland tun sie so als hätten sie eine Chance oder ein heimliches Mittel, um einen anderen Weg gehen zu können, als den der verantwortungsbewußten Bundesregierung.

Am 11. Mai 1932 mußte der damalige Reichskanzler Heinrich Brüning gegen gleiche Unverantwortlichkeiten Stellung nehmen: Brüning wurde damals von der Rechten gestürzt. In den "ungeheuerlichsten Schwierigkeiten, die in der Verwobenheit von Wirtschaftskrise und außenpolitischer Bedrängnis lagen" (Theodor Heuss) haben damals die rechten Radikalen, denen Strauß nachzweifeln scheint, das Land auf den Weg abwärts geführt. Wie lange wollen die Politiker der Union diesen Weg mitgehen, dessen Mahnzeichen täglich schärfere Konturen zeigen?

Fritz Sänger

+ + +

Das geht alle Autofahrer an

Ist die Erhöhung der Kraftfahrzeug-Versicherungsprämie
gerechtfertigt?

Von Dr. Hubert Weber SPD-MdB,
Mitglied der Bundestagsausschüsse für Recht und Finanzen

Vor wenigen Tagen haben die Versicherungsgesellschaften eine drastische Erhöhung der Kraftfahrzeugprämien angekündigt. Mit der Erhöhung soll gleichzeitig eine weitere Differenzierung der Prämien einhergehen. Das hat zur Folge, daß insbesondere die Bewohner von Großstädten und den angrenzenden Einzugsgebieten mit zusätzlichen Erhöhungen rechnen müssen. Im Durchschnitt sollen die Prämien-erhöhungen allerdings nur 20 v.H. betragen, können jedoch auch z.B. bei der Anfängerprämie bis zu 80 v.H. steigen. Unter Umständen kann die Anfängerprämie für einen VW 1200 von jetzt 241.-- DM auf 435.-- DM im Jahr steigen. Die Versicherungsgesellschaften begründen die Notwendigkeit solcher Erhöhungen damit, daß sie im vergangenen Jahr zwei Milliarden DM Verlust in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtsparte festgestellt hätten.

Es wird aber mehr denn je zur Sicherung der Preisstabilität Aufgabe des Bundeswirtschaftsministeriums, das die Versicherungstarife genehmigen muß, sein, eine umfassende Prüfung vorzunehmen. Denn die Haftpflichtversicherungsprämien stellen, besonders für die privaten Eigentümer und die zukünftigen Käufer von Kraftfahrzeugen einen wichtigen Kalkulationsposten dar. Dabei ist zweierlei zu beachten:

1. Das Kraftfahrzeug ist für den Arbeitnehmer kein Luxusgegenstand, es schafft für viele Arbeitnehmerfamilien erst die Voraussetzungen für angemessenen Arbeitsplatz und Einkommen.
2. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Kraftfahrzeugindustrie ist nicht zu unterschätzen. Sie zählt zu den Wachstumsindustrien, sie macht eine eingehende Beobachtung aller Kostenfaktoren erforderlich.

Das Bundeswirtschaftsministerium wird von den Versicherungsgesellschaften mehr als nur den Nachweis eines rechnerischen Verlustes verlangen müssen. Es wird vielmehr die Struktur und Arbeitsweise der Versicherungsgesellschaften durchleuchten müssen. So wird es fordern müssen:

1. Eine technische Ertragsrechnung mit einer Gegenüberstellung von Prämien, Einnahmen und Aufwendungen. Dabei wird bei den Aufwendungen besonders eine Substantiierung der Personalkosten, der allgemeinen Verwaltungskosten, der Entschädigungsleistungen und der Rückstellungen notwendig sein.

2. Eine Aufstellung darüber, was die Versicherungsgesellschaften als sogenannten nicht-technischen Gewinn aus der Kraftfahrzeugpflichtversicherung erzielen. Bei den meisten Sachversicherungsgesellschaften ist die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung die größte Einnahmequelle und dient damit auch wesentlich zur Finanzierung von Gemeinschaftsanlagen, die von anderen Versicherungszweigen genutzt werden.

3. Es wird insbesondere auch zu prüfen sein, ob es zulässig ist, Vermittlungsprovisionen für eine Versicherung zu zahlen, zu deren Abschluß jeder Kraftfahrzeughalter verpflichtet ist und die also keiner besonderen Werbung bedarf.

4. Im Verlauf des letzten Jahres ist der Versicherungsmarkt insoweit in Bewegung geraten, als es zu einem aufsehenerregenden Zusammenschluß von Gesellschaften gekommen ist. Ein solcher Zusammenschluß führt - damit werden die Zusammenschlüsse letztlich aus kartellrechtlicher Sicht begründet - zur Rationalisierung und damit zur Kostenverringerung. Gerade hierbei wird es darauf ankommen festzustellen, ob die Vorteile des Zusammenschlusses bis zum Verbraucher durchschlagen.

5. Mit dem ständigen Anwachsen des Straßenverkehrs vergrößert sich auch die Gefahrenlage. Damit ist zuerst zu prüfen, ob das geltende System des Schadenausgleiches bei Verkehrsunfällen noch ausreicht und ob es nicht auch Aufgabe der Versicherung ist, Gemeinschaftseinrichtungen zur Schadensprophylaxe und Schadensbeseitigung zu schaffen.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine sorgfältige Prüfung der von den Versicherungen geplanten Erhöhung der Kraftfahrzeugprämien zugesagt. Das ist zu begrüßen. Bis zum Abschluß der Prüfungen sollte keinesfalls eine Erhöhung vorgenommen werden, zumal dadurch die Bemühungen der Bundesregierung um Preisstabilität empfindlich gestört würden.

Die Klage der CDU-Sozialausschüsse

Zur Ohnmacht verurteilt

Karl-Heinz Hoffmann, Bundesvorstandsmitglied der CDU-Sozialausschüsse und stellvertretender Vorsitzender der ÖTV hat berechtigten Grund zur Klage. Sein Unmut gilt den mächtigen Wirtschaftskreisen innerhalb der CDU, die mit Sozialausschüssen geschlossene Kompromisse verwässern und auf diese Weise systematisch jede fortschrittliche Entwicklung verhindern. Unmittelbaren Anlaß zu diesem Klageausbruch ist die Weigerung der CDU, sich in Sachen paritätischer Mitbestimmung festzulegen.

Die CDU-Sozialausschüsse führen ein Dasein im Schatten. Zwischen Wort und möglicher Tat besteht ein klaffender Widerspruch. In manchen Bekundungen ihrer Wortführer klingen sogar sozial-revolutionäre Töne mit, doch sie bleiben innerhalb der Unionsparteien ohne jede Wirkung. Nur bei Landtags- und Bundestagswahlen läßt die CDU ihre Sozialausschüsse agieren und legt ihnen keine Fessel an. Da spielen sich die Sozialausschüsse zum Grialshüter der sozialen Gerechtigkeit auf, stellen Forderungen und fassen Beschlüsse, die bei den Arbeitnehmern den Eindruck erwecken sollen, daß ihre Wünsche hier gut aufgehoben wären, doch wenn es zum Schwur kommt, ist von alledem nichts mehr zu hören. Das war früher immer so und so wird es wohl auch bleiben.

Was sich als linker Flügel bei den Unionsparteien bezeichnet - die CDU-Sozialausschüsse gehören dazu - ist zur politischen Ohnmacht verurteilt, er bildet nur eine bei Wahlkämpfen willkommene Fassade. Herr Hofmann und seine Gefährten werden auch in Zukunft oft Anlaß zur Klage haben. Es ist die Klage von Ohnmächtigen. Die mächtigen Wirtschaftskreise innerhalb der Union bestimmen den Ton.

+ + +